

# Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger) Tageblatt

Verlagsamt  
Tageblatt Riesa,  
Hermann Nr. 20,  
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichtes und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamtes Riesa und des Hauptzollamtes Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachamt  
Dresden 1590,  
Stroßlauer  
Riesa Nr. 52.

Nr. 281.

Donnerstag, 1. Dezember 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM 2,14 einschließlich Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 2 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; jeitragender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verbreitungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.  
Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Noch immer keine Klärung. Die Kandidatur Schleichers als einzige im Vordergrund. Hitler kommt nicht nach Berlin.

### Fühlungsnahme Schleicher-Hitler?

Berlin. (Funkpruch.) In unterrichteten Kreisen hat man heute vormittag den bestimmten Eindruck, daß Hitler nicht nach Berlin kommt. Dagegen besteht die Möglichkeit, daß zwischen ihm und General von Schleicher auf andere Weise Fühlung genommen wird und zwar wahrscheinlich nicht über einen Mittelsmann, wie in einem Berliner Morgenblatt vermutet wurde, sondern unmittelbar auf telephonischem Wege. Da man im Augenblick nicht weiß, wann diese Fühlung zustande kommt und über welche Zeit sie sich erstrecken wird, so ist es auch noch ungewiß, wann die allgemein erwartete Ernennung des Generals von Schleicher zum Reichskanzler erfolgt. Zunächst ist eine ernste Besprechung beim Reichspräsidenten zu erwarten. Der Zeitpunkt hierfür ist noch nicht bekannt.

### Eine parteioffizielle Erklärung der NSDAP.

Weimar. (Funkpruch.) Die Reichspressstelle der NSDAP teilt mit: Gegenüber den von politisch interessierter Seite systematisch in der Öffentlichkeit gebrachten Meldungen, wonach Adolf Hitler zugestimmt, mitgeteilt oder auch nur beabsichtigt habe, zu Verhandlungen über die Regierungsbildung mit irgendwelchen amtlichen Stellen nach Berlin zu kommen, wird hiermit parteiamtlich festgestellt, daß alle diesbezüglichen Meldungen frei erfunden sind, um die öffentliche Meinung zu verwirren. In derartigen Verhandlungen mit den zur Zeit in Berlin mit Kabinettsbildung befaßten Persönlichkeiten lag und liegt für die NSDAP keinerlei Anlaß vor, da ja Adolf Hitler bereits am 2. November dem Herrn Reichspräsidenten seinen der Öffentlichkeit bekannten festumrissenen Plan zu eindeutigen Vorschlag zur Lösung der Regierungskrise in aller kürzester Frist unterbreitet hat. Die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung dieses Vorschlags, der im Interesse von Volk und Vaterland unter Umgehung aller verwirrenden Begriffe gemacht ist und keinerlei Raum zu Unklarheiten läßt, lag und liegt nicht bei der NSDAP, deren gradlinige Haltung seitdem tagtäglich durch die nat.-soz. Presse in aller nur wünschenswerten Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht worden ist. Demgemäß hat sich auch Adolf Hitler am Dienstag abend programmäßig nach Weimar begeben, um in den thüringischen Gemeindevahlkampf einzutreten. Alle andersartigen Meldungen, insbesondere auch über Unstimmigkeiten innerhalb der nat.-soz. Führerschaft, sind unwahr.

Die Reichsleitung der NSDAP in Weimar teilt mit: Adolf Hitler, der zur Zeit im thüringischen kommunalen Wahlkampf weilt, berief Gregor Strasser, Dr. Fried, Reichstagspräsident Goering und Dr. Goebbels zu einer Besprechung der politischen Lage nach Weimar. Die Besprechungen trugen rein informativem Charakter.

Man rechnet jetzt damit, daß der Reichspräsident den General von Schleicher ernennen wird. In politischen Kreisen wurde Mittwochabend behauptet, daß einer Wiederbetragung des Reichskanzlers von Papen auch aus Kreisen seines eigenen Kabinetts Schwierigkeiten erwachsen würden.

Darüber, in welcher Weise General von Schleicher als Reichskanzler vorgehen wird, gibt es zwei Versionen: die eine Richtung geht dahin, daß Schleicher sich vor den Reichstag stellen und sich von ihm stützen lassen werde; dann werde sein Kabinett geschäftsführend im Amt bleiben. Die zweite Richtung geht dahin, daß Schleicher sich schließlich zu Neuwahlen Ende März führen. — Die andere Auffassung rechnet damit, daß General von Schleicher alle für die nächste Zeit notwendigen Maßnahmen bereits bis zum 6. Dezember ergreifen dürfte. Das würde dem entsprechen, was über die Absichten Schleichers schon früher bekannt geworden ist.

Seine Entscheidung dürfte Herr von Schleicher jedenfalls nicht fällen, bevor nicht in der einen oder anderen Form eine Klärung in der Haltung der NSDAP eingetreten ist. Unter diesen Umständen hält man es für möglich, daß sich die Ernennung des Kabinetts noch um wenige Tage hinauszieht.

### Die Stellungnahme der Parteien zu einem Kabinett von Schleicher.

Berlin. Bestallung der Haltung der Parteien zu einem Kabinett von Schleicher ist noch weiter festzustellen, daß die SPD in ihrer grundsätzlichen Haltung, wonach sie gegenüber einem solchen Kabinett in die Opposition zu gehen beabsichtigt, festhalten dürfte. Es ist natürlich aber die Frage, wie weit diese Opposition sich bei der sachlichen Arbeit bemerkbar machen wird.

### Meinungstampf um Schleicher.

Berlin. In politischen Kreisen Berlins nimmt man nunmehr an, daß, falls der Reichspräsident an der Alternative Papens oder Schleichers festhält, seine Entscheidung nun doch zugunsten einer Kanzlerschaft Schleichers fallen würde, selbst dann, wenn sich die letzten Verhandlungsmöglichkeiten Schleichers mit der NSDAP erschließen sollten. Je länger aber die Krise dauert, umso nervöser wird bereits die Stimmung und teilweise auch der Unwille darüber, daß eine Entscheidung noch immer nicht da ist. Andererseits werden heute weniger Stimmen für und gegen Papen oder Schleicher als vielmehr Stimmen für oder gegen die Person des Generals von Schleicher laut.

Viel beachtet wird hierbei ein Vorkauf, den die „Deutsche Zeitung“ gegen den Reichswehrminister unternommen hat. Sie verneint die Frage, ob von Schleicher als Reichskanzler die Rettung des Vaterlandes erwartet werden könne, da dieser sehr lästige Offizier längst die Schranken überschritten habe, die gerade dem Hüter der Reichswehr gezogen sein sollten. Schleicher habe seinerzeit die grundsätzliche Anschauung vertreten, daß der Youngplan angenommen und dann im Innern Ordnung geschaffen werden müsse, er habe unbedürftigen Herrn Brüning als Reichskanzler erlunden und sei daher mißgünstig, wenn für den Aufbau Deutschlands mehr als zwei kostbare Jahre verloren gingen, er sei auch der Schöpfer des Kabinetts Papen und verantwortlich für dessen uneinheitliche Zusammensetzung, sei aber dann auf Urlaub gegangen, als die Mängel „seines Kabinetts“ ziemlich schnell offenbar wurden. Einen Mangel an staatsmännischem Blick habe er auch dadurch bewiesen, daß er das Rücktrittsgesuch des Kabinetts Papen veranlaßte und jetzt durch seine Verhandlungen mit den Gewerkschaften einen Rückfall in den endlich überwundenen verderblichen Parlamentarismus verursacht habe.

In völligem Gegensatz dazu steht die „DZ“ für die Kandidatur des Generals von Schleicher ein und meint, das verwirrende Durcheinander und Gegeneinander der letzten 24 Stunden hätte vielleicht das eine Gute gehabt, daß über die Unmöglichkeit einer Rückkehr zum unveränderten alten Zustand weitgehende Übereinstimmung zwischen maßgebenden Kreisen erzielt werden konnte. Sollte es Donnerstag kommen, so werde sicher nach dem Zusammentritt des Reichstages in der nächsten Woche das Kabinett eine offene Entscheidung der Parteien herbeiführen. Sollte es ein Misstrauensvotum erhalten, so werde es geschäftsführend im Amt bleiben. Sollten Notverordnungen aufgehoben werden, so sei ebenfalls damit zu rechnen, daß Maßregeln zu ihrer Wiederherstellung getroffen würden.

Der „Deutsche“ meint, daß gegen die Lösung Schleicher mit allen Mitteln die Kräfte kämpften und intrigierten, die den Sturz betrieben und den Kurs Papens bestimmt hätten. Man wolle den Reichspräsidenten in die Zwangslage bringen, entweder sich über die Verfassung hinwegzusetzen oder zurückzutreten und es sei kein Geheimnis, daß Hindenburg am vergangenen Sonnabend sich ernsthaft mit dem Gedanken trug, sein Amt mit einer Proklamation an das deutsche Volk niederzulegen. Das aber wäre die Stunde, um den Plan der Einsetzung eines Reichsverwehlers durchzuführen. Der Kaiser sei dagegen, daß der Kronprinz diese Rolle übernehme, aber die Kronprinzessin werde für ihren ältesten Sohn. Das Blatt benutzt diese Behauptungen zu einer ersten Warnung an die Nationalsozialisten, Hitler müsse begreifen, daß es dem Reichswehrminister in diesem Augenblick nicht um Tolerierung gehe, sondern darum, eine Garantie zu erhalten, da die nationalsozialistisch-kommunistische Mehrheit die Notverordnungen der Regierungen Papen und Brüning nicht aufhebe.

### Noch immer keine Klärung.

Berlin. (Funkpruch.) Auch der heutige Vormittag hat die von allen Seiten gewünschte Klärung der innerpolitischen Lage noch nicht gebracht. Bis zur Mittagsstunde ist noch kein Termin für die in Aussicht genommene neue Besprechung beim Reichspräsidenten angesetzt. Es wird auch wieder als zweifelhaft bezeichnet, ob die Entscheidung heute kommt. Das gilt namentlich für die Betrauung des Generals von Schleicher mit dem Kanzleramt. Auch jetzt steht die Kandidatur Schleichers weiter als einzige im Vordergrund. Es scheint aber, daß der General immer noch Möglichkeiten sieht, die die Basis seines Kabinetts nach der Seite der Nationalsozialisten hin verbreitern könnten, und diese Möglichkeit will er offenbar in aller Ruhe und Geduld ausköpfen. In welcher Form das geschieht, läßt sich noch immer nicht mit absoluter Gewißheit übersehen. So sehr man auch in der Wilhelm- und in der Bendlerstraße Verstandnis für das Bedürfnis der Öffentlichkeit nach einem baldigen Abschluß der Krise hat, hält man doch an dem Standpunkt fest, daß jede Verhandlungsaussicht auszunutzen

werden muß. Unter diesen Umständen ist es im Augenblick unmöglich, einen festen Zeitpunkt für die Klärung zu nennen.

### Die Berliner Blätter vor der Klärung der Regierungskrise.

Berlin. Von den Berliner Blättern wird allgemein erwartet, daß im Laufe des heutigen Donnerstags eine Klärung der Regierungskrise erfolgt. Im Vordergrund steht die Kanzlerkandidatur des Reichswehrministers von Schleicher.

Nach dem „Volkswagen“ wird angenommen, daß der Reichspräsident in der Besprechung mit Schleicher am Mittwoch auf Beschleunigung der Regierungsbildung gedrängt hat, zumal dem Reichspräsidenten und auch anderen verantwortlichen Politikern aus dem Reich mehrfach das dringende Verlangen auf Beendigung des unsicheren politischen Zustandes ausgesprochen sei.

Die „DZ“ erfährt, daß jetzt nicht mehr mit einem Berliner Besuch Adolf Hitlers zu rechnen sei. An seiner Stelle werde voraussichtlich im Laufe des heutigen Vormittags Gregor Strasser wieder in Berlin eintreffen. Allerdings verlautet, daß Strasser nicht mit Vollmachten für politische Verhandlungen versehen worden sei. Bei den heutigen Besprechungen werde sich erst herausstellen, welchen Sinn die Mission Strassers haben sollte. Das Blatt rechnet außerdem damit, daß es noch einen Tag dauern werde, bis Schleicher mit der Regierungsbildung beauftragt werde. Auch zu dem Rücktritt über die Zusammenlegung eines Kabinetts Schleicher gibt die „DZ“ einen neuen Beitrag. In unterrichteten Kreisen verlautet, daß es weniger Veränderungen aufzuweisen dürfte, als zeitweise angenommen worden sei. Für das Reichswehrministerium werde jetzt Herr von Flemming genannt, für das Arbeitsministerium Professor Frick. Mittwoch nachmittag habe von Schleicher unter anderem mit dem Führer der christlichen Gewerkschaften Otto verhandelt.

Die Germania sagt über den Stand der Verhandlungen u. a.: Nach den teilweise aufregenden Vorgängen der beiden letzten Tage scheint für eine gewisse Beruhigung wieder eingetreten zu sein. Sie komme vor allem in der Tatsache zum Ausdruck, daß für den Fall eines negativen Ausgangs der erwarteten Aussprache zwischen Schleicher und Hitler mit der Rückkehr des Herrn Papen nicht mehr in dem Maße gerechnet werde, wie es noch am Dienstag in weiten Kreisen der Fall gewesen sei. Man habe am Mittwoch ziemlich allgemein der Auffassung begehungen, daß, wenn auch nicht in jedem Falle mit einem Kabinett Schleicher zu rechnen sei, zwischen dieser Lösung und einer Rückkehr des früheren Zustandes noch andere personelle Möglichkeiten gegeben seien, auf die wohl zurückgegriffen werden würde. Schleichers Aussichten, der im Fall seiner Kanzlerschaft die Leitung des Reichswehrministeriums beibehalten würde, seien aber außerordentlich gestiegen.

Nach der „Volk.“ Zeitung wirkt, wenn die Betrauung Schleichers erfolge, die Frage des Misstrauensvotums keine sehr große Rolle mehr, da das Ministerium Schleicher dann als geschäftsführendes Kabinett weiter am Ruder bleiben würde. Von großer Bedeutung sei die Frage, ob der Reichstag die Notverordnungen der Regierungen Brüning und Papen aufheben werde, wozu die nationalsozialistisch-kommunistische Sperrmajorität jederzeit in der Lage wäre. Nach Gerüchten, die am Mittwoch in politischen Kreisen verbreitet gewesen seien, habe denn auch Schleicher an Hitler die Frage stellen lassen, ob er, der sich rühme, der Einzige zu sein, der den Volkswidrigkeit in Deutschland niederzulegen könne, im Reichstag das Zusammengehen mit den Kommunisten fortsetzen wolle.

Der „Volkswagen“ weist auf die Besprechungen Schleichers mit den Führern der Blätter und den Gewerkschaften hin und sagt, daß sein Programm verständlich sein soll. Soweit bekannt, plane General Schleicher eine großzügige Amnestie für diejenigen, die von der drakonischen Politik der Sondergerichte betroffen wurden; er plane auch eine Lockerung der sozialpolitischen Bestimmungen der letzten Notverordnung. Hier handele es sich besonders um die Ermächtigung zur Lohnkürzung. Im Vordergrund sollte wirklich praktische Arbeitsbeschaffung stehen. Das Programm Schleichers bringe es mit sich, daß die Nationalsozialisten in der Form ihrer Opposition sehr vorsichtig sein müßten. Es liege zum Beispiel in ihrer Hand, den Reichstag arbeitsunfähig zu machen und ein Amnestiegesetz zu veretlichen, das sicherlich auch nicht wenigen SA-Leuten zugute käme.

Die „Deutsche Zeitung“ erfährt, daß dem Reichswehrministerium in den letzten Abendstunden von Weimar aus mitgeteilt worden sei, daß Hitler nicht nach Berlin komme. Es scheint aber dabei von Hitler der Wunsch ausgesprochen worden zu sein, es nicht zu einem Bruch mit Schleicher kommen zu lassen.